Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Allgemeines

Generalversammlung | 77. Tagung 2022/2023

- Russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine
- Gipfeltreffen zur Bildungstransformation
- Fortschritte bei Biodiversität und Umweltschutz

Am 13. September 2022 wurde die 77. Sitzungsperiode der **UN-Generalversammlung** von ihrem neuen Präsidenten, dem ungarischen Diplomaten Csaba Körösi, eröffnet. Das diesjährige Motto ›Lösungen durch Solidarität, Nachhaltigkeit und Wissenschaft‹ ließ kaum erahnen, welch geballten Herausforderungen sich die Weltgemeinschaft gegenübersah. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dominierte die Agenda nebst Ernährungskrise, Klimawandel, Bildungslage und Energieversorgung. Zwar im Ausklingen begriffen, offenbarten sich neben den gesundheitlichen auch die verheerenden wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie.

Die Generaldebatte, die vom 20. bis 26. September 2022 erstmalig nach der Pandemie wieder in gewohnter Form am Amtssitz der UN in New York stattfand, drehte sich in diesem Jahr primär um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen Auswirkungen. Viele der rund 190 anwesenden Staatsoberhäupter, Ministerinnen und Minister verurteilten den russischen Angriff und forderten dessen sofortiges Ende. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj kam per Videoaufzeichnung zu Wort. Er rief nach einer gerechten Strafe für die Verbrechen Russlands und stellte seine fünf Punkte umfassende ›Formel für Frieden‹ vor, darunter Sanktionen und Isolation des Aggressors wie auch die Einrichtung eines Sondertribunals.

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete den russischen Angriffskrieg als »blanken« Imperialismus, der durch nichts zu rechtfertigen sei. Unter keinen Umständen dürfe ein russischer Diktatfrieden anerkannt werden. Er zollte dem Vermittlungserfolg von Generalsekretär António Guterres und der Türkei über die Wiederaufnahme von Getreideexporten seine Anerkennung. Der amerikanische Präsident Joe Biden fand ebenso deutliche Worte und würdigte überdies den Umfang der Hilfsleistungen: Mehr als 40 Staaten hätten Milliarden an US-Dollar zur Selbstverteidigung der Ukraine beigesteuert.

Nana Addo Dankwa Akufo-Addo, Präsident von Ghana, hob hervor, wie sehr der Krieg seinen Kontinent mit »jeder Kugel, jeder Bombe, jeder Granate« wirtschaftlich treffe: Die steigende Inflation und die hohen Lebensmittelpreise träfen die Ärmsten. Sein Kollege aus Côte d'Ivoire, Alassane Ouattara, beklagte, dass nur 17 Prozent der ukrainischen Weizenexporte für afrikanische Länder vorgesehen seien.

Einer der Staatenvertreter, der explizit nicht auf den russischen Krieg gegen die Ukraine einging, war der iranische Präsident Ebrahim Raisolsadati. Stattdessen klagte er wiederholt über vermeintliche Doppelstandards, so in Bezug auf die Palästinenserfrage und den aus seiner Sicht ungerechtfertigten Umgang mit Irans Nuklearpotenzial. Die Rede des russischen Außenministers Sergej Lawrow war eine einzige Abrechnung mit dem Westen, dessen »Russlandphobie« »groteske Dimensionen« angenommen habe.

Sondertreffen

Wie gewöhnlich wurde die Generaldebatte von mehreren Sonderveranstaltungen begleitet. Den Auftakt machte das Gipfeltreffen zur Bildungstransformation vom 16. bis 19. September 2022. Es war als Reaktion auf die globale Bildungskrise von der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization – UNESCO) einberufen worden, um sich zunehmenden Chancenungleichheiten sowie mangelnder Integration, Qualität und Relevanz entgegenzustellen. Nicht zuletzt ging es darum, die durch die Corona-Pandemie hervorgerufenen Lernverluste auszugleichen. Die Reformpläne für den Bildungssektor konzentrierten sich auf Digitalisierung, Finanzierung, Lehrkräfte, Zugangschancen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs).

Als weitere Sonderveranstaltungen folgten am 21. September das Hochran-

gige Treffen anlässlich des 30. Jahrestags der Verabschiedung der Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen, ethnischen oder sprachlichen Minderheiten angehören; und am 26. September die Hochrangige Plenarsitzung zum Gedenken an den Internationalen Tag für die vollständige Abschaffung von Atomwaffen.

Der Jahresbericht des Generalsekretärs wurde am 6. Februar 2023 von der Generalversammlung angenommen (A/77/1; vgl. Henrike Landré, VN, 5/2023, S. 226). Neben der Zunahme an Konflikten und Gewalt erfüllte ihn besonders der Anstieg der weltweiten Militärausgaben auf 2,1 Billionen US-Dollar mit Sorge.

Die erste Sitzungsperiode der Generalversammlung dauerte vom 13. September bis zum 30. Dezember 2022 und umfasste 56 Sitzungen. Die zweite Sitzungsperiode wurde am 31. Dezember 2022 eröffnet und endete nach weiteren 43 Sitzungen am 5. September 2023. Insgesamt wurden 338 Resolutionen und 105 Beschlüsse verabschiedet.

Wirtschaft und Entwicklung

Einen ohnehin schon hohen Bedarf an **humanitärer Nothilfe** konstatierte die Generalversammlung am 6. Dezember 2022 (A/RES/77/28). Aus diesem Grund begrüßte sie den Vorschlag von Guterres, den Zentralen revolvierenden Nothilfefonds (Central Emergency Revolving Fund – CERF) auf eine Milliarde US-Dollar aufzustocken. In dem Bestreben, die Vorsorge-, Reaktions- und Koordinierungskapazitäten aller Beteiligten zu verbessern, wurde ein ausgesprochen vielseitiges Maßnahmenpaket beschlossen.

Am 14. Dezember 2022 widmeten sich die Staatenvertreter mehreren Teilaspekten der **SDGs**. So wurden die Mitgliedstaaten aufgerufen, stärker ihre nationalen Parlamente einzubeziehen (A/RES/77/159), Initiativen für Nullverschwendung und damit eine umweltverträgliche Behandlung von Abfällen aller Art zu befördern (A/RES/77/161) sowie die Globale Strategie für Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion 2023–2030 zu unterstützen (A/RES/77/142). Darüber hinaus honorierte die Generalversammlung die Fortschritte bei der Umsetzung des Übereinkommens über **Biologische Vielfalt** (Convention on Biological Diversity – CBD) (A/RES/77/167). Hier wie auch im Zusammenhang mit der wiederholten Forderung nach einem gesicherten Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle (A/RES/77/170) kam sie dennoch nicht umhin, auf Rückschläge und mannigfaltige Probleme wie beispielsweise mangelnden Investitionswillen hinzuweisen.

Abrüstung

Der **Weltraum** nahm eine spürbar größere Stellung in der Arbeit der Generalversammlung ein. Da die Abrüstungskonferenz weiterhin nicht die Aushandlung einer rechtsverbindlichen Übereinkunft zur Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum vorangetrieben hätte (A/RES/77/40), soll der Generalsekretär eine Gruppe von Regierungssachverständigen zur Erarbeitung von Empfehlungen zusammenbringen (A/RES/77/250). Mehr Bewegung gab es bei den Maßnahmen zur Förderung der Transparenz und zur Vertrauensbildung bei Weltraumtätigkeiten, die freiwilliger Natur sind (A/RES/77/251). Anerkennend wurde bemerkt, dass einige Staaten sich jüngst verpflichtet hätten, keine Satellitenabwehrtests mehr vom Boden aus durchzuführen.

Im Bemühen, den »Fahrplan für eine **Welt ohne Kernwaffen**« voranzutreiben, kritisierte die Generalversammlung die Ankündigung eines neuen nuklearpolitischen Gesetzes in Nordkorea, das die Schwelle für den Einsatz von Kernwaffen senken würde (A/RES/77/76). Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen verzeichnete zur selben Zeit 91 Unterzeichnerstaaten und 68 Vertragsparteien (A/RES/77/54).

Frieden und Sicherheit

Für die unverändert zwölf **Friedenssicherungseinsätze** wurden für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2023 insgesamt 6,1 Milliarden US-Dollar bewilligt (A/C.5/77/32); dabei entfielen 387,8 Millionen US-Dollar auf das Unterstützungskonto (A/RES/77/304). Spitzenreiter waren die Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS) und die Mehrdimensionale integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik (MINUSCA) mit jeweils rund 1,15 Milliarden US-Dollar, gefolgt von den Stabilisierungsmissionen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) mit knapp einer Milliarde US-Dollar und in Mali (MINUSMA) mit 590 Millionen US-Dollar sowie das Unterstützungsbüro in Somalia (UNSOS) mit 552 Millionen US-Dollar. Die Forderung aus dem Vorjahr nach einer Überprüfung der Mandate **Besonderer politischer Missionen** (Special Polical Missions – SPM) wurde erneuert und zum stärkeren Austausch mit der Kommission für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission – PBC) aufgerufen (A/RES/77/127).

Am 23. Februar 2023 traf die Generalversammlung zu ihrer elften **Dringlichkeitssitzung** zusammen. Anlass war der erste Jahrestag des Angriffs Russlands auf die Ukraine. In Resolution ES-11/6 riefen die Mitgliedstaaten zu einem »umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden« in der Ukraine auf. 141 Mitgliedstaaten stimmten für die Resolution, 32 enthielten sich der Stimme und sechs Staaten stimmten zusammen mit Russland dagegen (Belarus, Eritrea, Mali, Nicaragua, Nordkorea und Syrien).

In zwei Resolutionen zur Lage in **Afghanistan** (A/RES/77/10) und dem **Nahen Osten** (A/RES/77/15) bekräftigte die Generalversammlung einmal mehr die Bereitschaft der UN, aktiv involviert bleiben zu wollen.

Menschenrechte

In **Iran** und **Syrien** setzten sich gravierende Menschenrechtsverletzungen bestürzenden Ausmaßes fort: In beiden Ländern waren laut Generalversammlung willkürliche Festnahmen, Inhaftierungen und Hinrichtungen sowie außergerichtliche Tötungen an der Tagesordnung (A/RES/77/228 und A/RES/77/230).

Die schweren Verstöße Russlands gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechtsnormen in der **Ukraine** wurden im Rahmen der alljährlichen Befassung mit Menschenrechtsverletzungen auf der besetzten Krim abgehandelt (A/RES/77/229). Entsprechend ist von der unrechtmäßigen Annexion der Krim »und anderer Gebiete« die Sprache.

Ebenfalls am 15. Dezember 2022 erörterte die Generalversammlung eine Reihe an miteinander verbundenen Menschrechtsthemen mit dem Schwerpunkt Frauen und Kinder. So seien diese infolge humanitärer Krisen in Konfliktsituationen, bei Naturkatastrophen, in Pandemie- und weiteren Notsituationen verstärkt Opfer von Menschenhandel geworden (A/RES/77/194). Vertiefend wurden anschließend der **Menschenhandel** zwecks Organentnahme wie auch der Handel mit menschlichen Organen angeprangert (A/RES/77/236). Mobbing bei Kindern, und insbesondere Cybermobbing, wurde als weiteres Problem identifiziert, das sich im Zuge der COVID-19-Pandemie verschlimmert habe (A/RES/77/201); notwendig seien zahlreiche Schutzmaßnahmen wie beispielsweise beim Umgang mit digitalen Technologien. In Resolution 211 bestätigte die Generalversammlung entsprechend das Recht auf Privatheit. Sehr detailliert auf alle Formen der **Gewalt gegen Frauen und Mädchen** ging sie in Resolution 193 ein und forderte die Verstärkung der Anstrengungen speziell bei der Verhütung und Beseitigung geschlechtsspezifischer Rollenklischees und negativer sozialer Normen.

Gesundheit

Im Kontext der Weltraumagenda 2030 befasste sich die Generalversammlung näher mit dem Teilbereich **Weltraum und Gesundheit** (A/RES/77/120), genauer mit der Frage, wie Weltraummedizin, -wissenschaft und -technik besser genutzt und angewendet werden könnten. Kooperation ist das bevorzugte Mittel der Wahl. So soll der Einsatz digitaler Gesundheitstechnologien – wie Telegesundheit, Telemedizin und Teleepidemiologie – durch verbesserten Datenaustausch und -zugang vorangetrieben werden.

Ein beeindruckendes Maßnahmenpaket schnürte die Generalversammlung zur Prävention, Behandlung und Bekämpfung des **Weltdrogenproblems** (A/RES/77/ 238). Zum Zwecke eines »umfassenden, integrierten und ausgewogenen Ansatzes« drängte sie auf verstärkte Zusammenarbeit zwischen allen erdenklichen Handlungsebenen. Zur Sprache kamen Drogenanbau und -konsum, Drogenhandel sowie damit verknüpfte Probleme wie Korruption und andere Formen der organisierten Kriminalität.

Klima und Umwelt

Im Gesamtkontext aller **klimapolitisch** relevanten Aktivitäten fällt wie schon in den Vorjahren auf, dass die nunmehr 27. UN-Klimakonferenz (Conference of the Parties – COP) in Scharm El-Scheich, Ägypten, nur am Rande erwähnt wurde; gefolgt von einem kurzen Hinweis auf die COP-28 in Dubai, Vereinigte Arabische Emirate (A/RES/77/165), im Jahr 2023.

Einen Erfolg gab es, wie von der Generalversammlung erhofft, mit Blick auf das Thema **biologische Vielfalt** zu feiern: Auf der 15. UN-Biodiversitätskonferenz (Conference of the Parties – COP) vom 7. bis 19. Dezember 2022 in Montreal wurde der Globale Rahmen für die biologische Vielfalt von Kunming-Montreal (Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework – GBF) verabschiedet, der vier Rahmen- und 23 Umsetzungsziele bis zum Jahr 2030 festschrieb. Die Zustimmung des Gremiums fanden obendrein alle Maßnahmen in Sachen **Umweltschutz**, Kunststoffe und Abfälle unter Federführung der UN-Umweltversammlung (A/RES/77/168).

Haushalt und Verwaltung

Der **ordentliche Haushalt** für das Jahr 2023 wurde am 30. Dezember 2022 in Höhe von 3,4 Milliarden US-Dollar bewilligt (A/RES/77/264 A-C). Die Liquidität beim regulären Haushalt habe sich aufgrund interner Maßnahmen leicht verbessert, konnte Guterres Anfang Mai 2023 vermelden; dennoch hinkten die Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten im ersten Quartal 2023 den Planwerten um 370 Millionen US-Dollar hinterher (A/77/530/Add.1). Im Bereich der Friedenssicherung summierten sich die ausstehenden Zahlungen am 30. April 2023 auf 2,8 Milliarden US-Dollar – das entsprach über einem Drittel der Gesamtbeiträge. Insgesamt hatten zu diesem Zeitpunkt gerade einmal 52 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, ihre Beiträge pünktlich und vollständig bezahlt, notierte Guterres.

In Sachen **Verwaltungsreform** ersuchte die Generalversammlung den Generalsekretär, den im Jahr 2017 versuchsweise für fünf Jahre eingeführten einjährigen Budgetzyklus zu verlängern, aber im Hinblick auf seine finanziellen, administrativen, verfahrens- und mandatsbezogenen Auswirkungen bis zum Jahr 2028 einer Überprüfung zu unterziehen (A/RES/77/267). Zudem rückte die Reform der Personalverwaltung auf die Agenda (A/RES/77/278). Unter Verweis auf das neu eingerichtete Büro der Vereinten Nationen für Jugendfragen (UN Youth Office) wurde – als einer der letzten Beschlüsse der 77. Sitzungsperiode – auf den besonderen Stellenwert der ›Model United Nations‹-Programme eingegangen (A/RES/77/336).

Wahl des neuen Präsidenten

Am 1. Juni 2023 erfolgte die Wahl von **Dennis Francis** aus Trinidad und Tobago, als Vertreter Lateinamerikas und der karibischen Staaten, zum Präsidenten der Generalversammlung für die 78. Sitzungsperiode. Der langjährige Diplomat war im Jahr 2021 aus seinem Ruhestand zurückgekehrt und zum Ständigen Vertreter seines Landes bei den Vereinten Nationen in New York ernannt worden.

Henrike Landré
(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Henrike Landré, Generalversammlung: 76. Tagung 2021/2022, VN, 6/2022, S. 272ff., fort.)